

Der verfahrenere Wahlrechtskampf

Auch der zweite Tag der Wahlrechtsdebatte im Abgeordnetenhause hat die Entscheidung noch nicht gebracht, und doch zweifelt jetzt kaum noch jemand daran, was sie ausfallen wird. Nachdem Herr Vorherr die Vorlage der Regierung im Ausschusse für die Wahlrechtsfrage am 18. gegen das gleiche Wahlrecht stimmte, er wurde für die Hälfte seiner Fraktion, das heißt etwa 36 Reichsliberalen, gegen das gleiche Wahlrecht, kann man durch Adam Nieses kaum die Zustimmung erlangen. 16 und 36 ist 52 oder rund gerundet 50 Stimmen, die den konservativen und freikonservativen Wahlrechtsgegnern zuzurechnen werden. Das genügt, um ihnen eine recht erhebliche Mehrheit zu sichern, auch wenn man die paar weißen Stimmen unter ihnen, die für das gleiche Wahlrecht stimmen wollen, und die voraussichtlich ziemlich zahlreichen Abwesenden abrechnet. Auch in der Mittwochsung hat ein Vertreter der Regierung, der Minister des Innern Dr. Treuss, wiederholt, was eigentlich schon längst selbstverständlich sein sollte, daß nämlich die Regierung vom gleichen Wahlrecht nicht abgehen werde. Die Mehrheit des Hauses will aber auf keinen Fall das gleiche Wahlrecht annehmen und läßt sich auch durch das Angebot irgendwelcher noch so weitgehender „Sicherungen“ von ihrem Wege nicht abbringen.

Tiefes Verhalten der Rechten ist von ihrem Standpunkt aus ganz verständlich. Denn mit „Sicherungen“ ist überhaupt nicht zu rechnen, können die zukünftigen inneren Kämpfe nur noch gereizter und erbitterter gemacht werden ohne Änderung des tatsächlichen Erfolges.

Man stelle sich vor, daß eine festgesetzte Abgeordneten-Mehrheit eine bestimmte Reform will, daß sie mit diesem Vorhaben die große Mehrheit des Volkes hinter sich hat und daß sie an seiner Erfüllung durch irgendwelche „Sicherungen“ gebindert wird. Was wird die Folge sein? Doch die Mehrheit ihren Einfluß auf die Verwaltung und auf die Gesetzgebung geltend machen wird, um ihr selbstständiges Ziel auf Umwegen zu erreichen. Gehebe z. B. die das Verhältnis des Staats zur Kirche und Schule betreffen. Kommt auf dem Verwaltungsweg zu ausgeschloß werden, doch nichts von ihnen übrig bleibt. Weichen trotzdem Gesetzesentwürfe, die der Mehrheit des Volkes und seiner Vertretung untragbar scheinen, so wird die schon vorhandene Bewegung für die Einführung eines Reichsschulgesetzes als bald nach reichenden Strom anzuwenden. Soll die Abschaffung des kommunalen Dreiklassen-Wahlrechts durch „Sicherungen“ verhindert werden, so läßt sich wiederum ein Reichsgesetz denken, das alle pluriklassigen Unterrichtsbereiche bei den Wahlen öffentlicher Körperschaften befreit.

Schon da, wo es sich um große Wahrscheinlichkeit voraussehen, daß ein Kompromiß auf Grund des „Sicherungs-Bedenkens“ nicht zustande kommen wird.

Darum ist es ein ungeheurer taktischer Fehler der Regierung, daß sie mit der Auflösung noch immer warten will. Warten — man weiß nicht recht, worauf? Kommt die Vorlage in der Form des Ausschuß-Vorschlusses, also mit dem Mehrheitsrecht, bis ins Herrenhaus, so kann die Verzerrung dadurch nur noch gesteigert werden. Was will die Regierung also tun? Die Vorlage zurückziehen und das weitere abwarten? Da hätte sie schon am Dienstag den Antrag des Grafen Spee, die Beratung bis nach dem Striege zu vertagen, annehmen müssen, sie hätte nicht, wie es Herr Friedberg unheimlich sagt, mit der sofortigen Auflösung drohen dürfen, wenn der Antrag angenommen würde. Die Regierung muß, wenn sie sich nicht vor aller Welt geschlagen sehen will, den Kampf weiter fortsetzen, und da kommt sie um die Auflösung nicht herum. Wäre es da nicht besser, gleich jetzt zu tun, was doch getan werden muß? Ein abwartendes, ungeschickliches Verhalten kann das Vertrauen gegen die Regierung nur noch vermindern, die Erregung im Lande nur noch steigern. Damit vergehen bis zur Auflösung, die schließlich doch unvermeidlich ist, kostbare Wochen oder Monate, in denen sehr viel verloren werden kann. Die Regierung kann inzwischen vielleicht, von der Rechten befreit und von der Linken verlassen, für den Vor welcher Lage stünde aber dann ihre Nachfolgerin? Graf Gerling muß, wenn er nicht die ungeheure Verantwortung auf sich laden will, solange er noch im Amte ist, in Preußen Ordnung schaffen.

Preussisches Abgeordnetenhause.
199. Sitzung, Mittwoch den 1. Mai, vormittags 11 Uhr.
Am Ministertisch: Dr. Treuss.
Zwei neueingetretene Mitglieder leisten den verfassungsmässigen Eid.
Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlagen (zweiter Tag).
Die allgemeine Aussprache wird bei den Paragraphen 1 bis 3 fortgesetzt.

Herr Dr. Lohmann (natl.): Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Rechts.) Unser Standpunkt ist ja bekannt. Diejenigen meiner politischen Freunde, die hinter mir stehen, halten an ihrem Verstande gegen die Vorlage der Regierung fest. (Lebhafte Beifall rechts, ironischer Zuruf links: Bravo rechts!) Wir beschließen, bei einer Gegenüberstellung der Vorlage ein starkes Entschlossen der sozialdemokratischen Partei. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das Reichswahlrecht würde in Preußen tabulaler wirken als im Reichstage. Dazu kommt der Einfluß der Polen als einer absoluten Oppositionspartei in Preußen. Wenn die sozialdemokratischen Stimmen in Preußen in dem Maße anwachsen, wie sie nach den letzten Reichstagswahlen angewachsen waren, dann wird die Zahl der sozialdemokratischen Mandate derart ansteigen, daß sie in absehbarer Zeit mit den Polen und Welfen die Mehrheit im Abgeordnetenhause haben wird. (Zustimmung rechts.) Wie werden dann etwa 112 Sozialdemokraten, 40 Polen, 3 Welfen und 2 Tünen haben, zusammen 157 Stimmen. Mit den fortschrittlichen Abgeordneten kommen wir auf 192, was der absoluten Mehrheit von 228 außerordentlich nahe kommt. Wir stehen vor einem allgemeinen Einheitsverständnis der Fortschrittler mit der Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich glaube, daß wir mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß in absehbarer Zeit

eine sozialdemokratisch-politisch-fortschrittliche Mehrheit im Abgeordnetenhause

sein wird. Die Regierung verkennt zwar nicht, daß eine gewisse Radikalisierung eintreten werde, aber sie hat mit dem Optimismus, der sie bei der Vertretung der Vorlage auszeichnet hat, immer wieder erklärt, dieser Radikalisierung würde nicht mehr zu gefährlich sein wie der alte Striege. Auch meine Fraktion hofft, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Wählermassen sich in Bezug auf die nationalen Forderungen des Staats verhalten wird als vor dem Striege und daß sie nicht die Wege der Kowalski und W. wollen wandeln wird. Das wird aber weder dem Wachstum der Sozialdemokratie Abbruch tun, noch die Gefährlichkeit einer sozialdemokratischen Mehrheit mindern. Je weniger die Sozialdemokratie die monarchischen, nationalen und religiösen Gefühle der konservativen

schon bestimmten Arbeitermassen verliert, um so härter wird ihre Anhängerschaft auf die Arbeiter sein. Ich beschränke daher ein sehr starkes Anmahnen der sozialdemokratischen Stimmen nach dem Striege. — Sie behaupten, daß das Gemeinwohlrecht auf anderen Grundstücken beruht als das Staatswahlrecht. Die Regierung ist im Recht, wenn sie den Kampf um das Gemeinwohlrecht für ein Prinzipien- und nicht für eine Machfrage hält. Ein sehr lehrreicher Vorgang hat sich in Baden abgepielt. Dort hat sich die nationalliberale Partei zuerst dem gleichen Wahlrecht widersetzt, hat schließlich nachgeben müssen. Nun fordern die drei maßgebenden Parteien in Baden: Zentrum, Nationalliberale, Sozialdemokraten, einmütig auch für die Gemeinden das gleiche Wahlrecht. Und an dessen unmittelbarer Einführung ist nicht mehr zu zweifeln. (Hört! hört! rechts.) Wird die preussische Staatsregierung mehr Widerstandskraft haben? — Dann die Polenfrage. Schon bei der jetzigen Mehrheit war die Arbeit schwierig. Die politischen Klassen sind gespalten. Es herrscht eine große Notlage nach Grund und Boden. Schon bei der jetzigen Ansetzungsperiode war der Übergang von Grund und Boden von deutscher Hand in polnische immer etwas härter als umgekehrt. Seine Freunde hätten sich gesagt, etwas härter als umgekehrt. Das Anmahnen der Regierung ist allerdings noch nicht ausdrücklich ausgesprochen. (Widerpruch links.) Wir haben aber einen Antrag auf Einführung des Dreiklassenwahlrechts eingebracht, der, wie fast die ganze Versammlung, eine solche Annäherung an die Regierungspolitik bedeutet. Ein Antrag gegen die Freigabe der Arbeit ist nicht. Sein Arbeitgeber wird einen tüchtigen Arbeiter nach 54 Jahren entlassen, bloß, damit er keine Zulassung erhält. Ich hoffe, daß in Erwägung der furchtbaren Ereignisse, die ein Wahlkampf im Falle hervorrufen würde, die Regierung zu Verhandlungen bereit sein wird. Es wird eine große Menge des Volkes geben, die sich nur eine knappe Lebenshaltung leisten kann. Es ist natürlich, wenn diese große Schicht härtere Ansprüche an das Leben stellt, als sie befriedigt werden können. Wir möchten aber, so schön Abg. Lohmann, daß es Begehren nicht unmöglich gemacht wird, eine weithin sichtbare Stelle von Kunst und Kultur und menschlicher Freiheit, die nicht durch die Demokratie gewährleistet wird, zu sein. (Stürmische Zustimmung auf der Rechten und bei einem Teil der Nationalliberalen.)

Minister des Innern Dr. Treuss: Wir müssen darauf halten, daß der Kampf der politischen Meinungsverschiedenheit in lokalen Formen geführt wird. Der Vortrager hat die Antwort des Vizepräsidenten auf die Frage des Abg. v. Heubrand, ob der König bei der Wahl des Reichstags am 11. Juli v. J. davon unterrichtet gewesen wäre, daß zwischen der überwiegenen Mehrheit des Abgeordnetenhauses eine Vereinbarung über ein Pluralwahlrecht zustandekommen sei, das Aussicht auf Annahme hatte, etwas unklar geblieben. Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzis geantwortet: Ja! (Zustimmung links.) Auch über die Stellung der Regierung zur Volkswahl ist gestern von dem Vizepräsidenten des Reichstags ein sehr interessantes und klügelndes Erklärung abgegeben worden. Es war nicht bloß eine formelle Wendung, weil die Volkswahl da war, die uns dazu nötigte, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministerrats auch die Überzeugung, daß wie es die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgeführt werden mußte. (Beifall links.) Damit die unerschütterliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leiser Zweifel schien aus den Ausführungen des Vortragers hervor zu treten, ob der Ministerpräsident gestern richtig und wirklich den Antrag Lohmann als für die Regierung unannehmbar bezeichnet habe. Sollte darüber noch ein Zweifel bestehen, so möchte ich ihn dahin stellen, daß dieser Antrag für die Regierung unannehmbar ist. (Beifall links.) Es ist darin auch ein pluriklassiges Element, weil durchgängig dem selbständigen Unternehmer auf alle Fälle eine Mehrheit gemindert werden soll. Wir können ein solches Element ganz unmöglich als Grund für ein Mehrheitswahlrecht zulassen. Es liegt auch nicht in dem Willen des einzelnen Arbeiters allein, ob er zehn Jahre in demselben Arbeitsverhältnis bleibt, und darum wäre eine solche Abstufung eine Entwürdigung. Gegenüber dem Vortrager stelle ich fest, daß tatsächlich noch den politischen Grundlagen auch beim Pluralwahlrecht eine Mehrheit im Sinne der bisherigen Offizierspolitik nicht zusammenzubekommen sein würde. Die Erklärung der Regierung, daß die politischen Maßnahmen zum Schutz des Deutschtums aufrechterhalten werden sollen, allenfalls aber auf die Unterdrückungsmassregeln gegen die Polen verzichtet werden könne, ist im Hinblick von der fortschrittlichen und Zentrumspartei beifällig worden. Auch ein Verbot des gleichen Wahlrechts wird anerkennen müssen, daß Gemeinwohlrecht und Staatswahlrecht zwei verschiedene Dinge sind. Wenn die Sozialdemokratie nach der Meinung des Vortragers nur dann großen Einfluß behalten wird, wenn sie sich auf nationalem Boden stellt, so werden die Bedenken des Vortragers hinsichtlich, über was die Sozialdemokratie in Preußen anmahnen zu lassen, gibt es kein sichereres Mittel, als die Ablehnung des gleichen Wahlrechts. Kommt das gleiche Wahlrecht jetzt nicht, dann kann ein viel radikaleres kommen. (Stürmische Zustimmung links.) Ich tue meine verstandesmäßige Pflicht und Schuldbewußt und verbitte mir energisch eine derartige Äußerung. (Lebhafte Zustimmung rechts, stürmischer Beifall links.) Bei Änderung des jetzigen Zustandes kann einzig und allein nur das gleiche Wahlrecht eingeführt werden. Infolgender Beifall links, Widerspruch und Rufen rechts.

Herr Dr. Fackeldey (Sp.): Wenn Herr v. Heubrand sagte, daß im Reichstag unter dem gleichen Wahlrecht nicht mehr Recht und Gerechtigkeit herrschen würden, so ist er der Besten des Reiches und verschiedener Bundesstaaten. Sollen die Reiter des Vaterlandes bei ihrer Rückkehr fortgesetzt und klassifiziert werden? (Stürmische Zustimmung links.) Wir wollen ein festes Vaterland schaffen, das dieser Fackeldey wert ist. (Beifall links.) Die konfessionellen Ansprüche von der politischen Linke des Volkes und von der „Vox populi, vox mirabilis“, sind kostnante Befestigungen eines Volkes, das schwerste Laster auf sich nimmt und Stand hält bis zum Ende. An der Eitelbewegung hat sich der größte Teil der Arbeiterschaft nicht beteiligt und würde es auch weiterhin nicht tun. Wollen Sie die Arbeiterschaft auf nationalem Boden schalten, dann geben Sie ihr das gleiche Wahlrecht. Das Mehrheitswahlrecht aber verweigert nur die Ursache, indem es die eine Gruppe hervorruft und die andere benachteiligt. Bei einer Annahme des Mehrheitswahlrechts gibt es für die Regierung nur eines, das ist die Auflösung. (Widerpruch links.) Erregung würde nicht nur im Falle eines Wahlschicks, sondern auch einer Ministerkrise hervorgerufen werden, denn die Regierung steht und fällt mit dem gleichen Wahlrecht. Wir fürchten die Auflösung nicht, in einem Wahlkampf müßte sich folgerichtig alles auf ein Ziel einstellen: für, aber gegen das gleiche Wahlrecht! Ich bitte, zuerst über den Antrag Lohmann und dann über das gleiche Wahlrecht abstimmen zu lassen und nicht erst über die Kommissionsvorlage, denn würde diese angenommen, so würde sonst gar keine Abstimmung über die Nationalfrage des gleichen Wahlrechts stattfinden. Die weitgehenden Anträge der Sozialdemokraten würden das Schiff zu sehr belasten, wir müssen sie deshalb ablehnen. Trotzdem werden Sie (nach rechts) sich der Entscheidung entgegen, die durch die ganze Welt geht. Der deutsche Geist des gleichen Wahlrechts muß künftig auch in Preußen gelten. (Stürmischer Beifall links.)

Herr Dr. v. Heubrand (kons): Gegenüber dem Minister des Innern stelle ich fest, daß meine Freunde ihm nicht Angst und Schrecken vorgebracht haben.

Herr Lohmann (natl.): Das gleiche Wahlrecht wird nicht zum Gegenstand sein. Die große Mehrheit meiner Partei lehnt es ab. Denn dieses Wahlrecht gefährdet den Bestand der preussischen Staatsform. Unter dem gleichen Wahlrecht ist das gleiche Gemeinwohlrecht unannehmbar.

Herr v. Heubrand (kons): Der Ausdruck hat sich mit einem Blick, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, brüht, die Vorlage so zu verhandeln, daß sie für alle wirklichen Wahlrechtsgegnere ebenso unannehmbar geworden ist, wie sie die Regierung. Das gleiche Wahlrecht soll durch ein völlig pluriklassiges Wahlrecht ersetzt werden. Am Striege hat gerade der einmütige Wunsch der Rechten die Rechten Opfer gebracht; diejenigen aber, die nur um Blut auf dem Altar des Vaterlandes gesiegt haben, sollen weniger Stimmen erhalten als die, die in der Heimat ihrem Weibchen nachsehen konnten oder gar auf Kosten ihrer Mitmenschen Weibchen nachsehen konnten. (Hört! hört! bei den Sp.) Ich streite gegen die Vorlage, aber an der Behauptung, daß Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hätten sich im Juli v. J. für das Pluralwahlrecht ausgesprochen, nicht ein Wort wahr ist. Es ist unrichtig, daß jeder Autoritätsstrebende Abstimmungen bestimmen kann. Die Abstimmungen für Alter- und Jüngere sind der großen Mehrheit von Arbeitern, die gesundheitsgefährlichen Berufen beschäftigt sind, nicht zuzurechnen. Wenn im Ausschusse über das gleiche Wahlrecht die Arbeiter mit 200000 St. vertreten wurde, jeder Arbeiter konnte mit 2000 St. erwählt werden und dadurch die Abstimmungen für Fernreisen erwählen. Ich streite nicht nur für einen gewissen Teil der Arbeiterschaft zu, aber selbst da nur deshalb, weil infolge des Hochwasserstands die notwendigen Anstaltungen nicht gemacht werden konnten.

Der neue Antrag Lohmann ist ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiterklasse und gegen die Kriegsbefehlshaber, sowie gegen die Kriegsteilnehmer überhaupt.

Soweit sie noch nicht 35 Jahre alt sind. Die Selbständigen und Beamten mit leitender Stellung sollen die Zulassung nach einjähriger Tätigkeit erhalten, die Angehörigen und Arbeiter erst nach sechs Jahren.

Alle Saisonarbeiter würden hierbei ausgeschlossen sein. Aber auch die Kriegsbefehlshaber, denn diese werden natürlich als militärischen Kriegen zuerst entlassen werden. Abg. Lohmann sprach von einer Überleitung des öffentlichen Lebens durch die Sozialdemokratie und einer Überwindung anderer Parteien. Wollen Sie eine Überwindung anderer Parteien verhindern, so müssen Sie das Verhältnis zwischen den Parteien in Verbindung mit dem geheimen und direkten Wahlrecht drohen soll, besteht nur in der Phantasie der Rechten, die keine besseren Gründe haben. Sie mögen das gleiche Wahlrecht jetzt zu Fall bringen, die Recht haben Sie.

Aber glauben Sie nicht, daß der Wahlschmerz dann zur Ruhe kommt. Keine Macht der Welt wird imstande sein, dem Volke seinen Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung auf die Dauer strittig zu machen. Wenn ein Teil des Zentrums jetzt gegen das gleiche Wahlrecht stimmt, so steht es sich damit nicht nur mit der Zustimmung dieser seiner Arbeiterschaft in Widerspruch, sondern auch mit dem, was von jeder das Zentrum durch seinen hervorragenden Führer programmatisch in diesem Sinne vertreten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechts schreibe die Regierung nicht an eine sofortige oder baldige Auflösung des Hauses zu denken. Der Ministerpräsident sprach von neuen Sicherungsanträgen.

Der Entwurf der Sicherungen sind so, daß ein großer Teil der Nationalliberalen oder Freikonservativen ihnen zustimmen, dann müsse die Linke sich fragen, ob um den Preis solcher Sicherungen das gleiche Wahlrecht nicht zu teuer bezahlt sei; oder die Sicherung genügt den Wahlrechtsgegnern doch nicht, dann würde alles zu bleiben wie bisher. Da eine Berücksichtigungsmöglichkeit nicht zu erwägen ist, haben wir es für das Richtige, daß die Regierung, wenn sie eine Mehrheit nicht findet,

das Haus auflöst.
Zeigt die Regierung, daß sie nicht mit sich handeln läßt, dann treibe sie dem Volke den besten Dienst und so wird sie am ehesten die neue Wahlrechtsvorlage durchbringen.

Die Erschütterungen, die der Vortrager vom Wahlschmerz beifindet, sie sind da. Beim Wahlrecht würden die Parteien in Anhänger und Gegner des gleichen Wahlrechts zerfallen. Auf der einen Seite würde die ungeheure Zahl der Arbeiter, Angehörigen, Beamten und Kömmer der Wissenschaft, auf der anderen Seite die kleine Zahl der Agrarier und der Gewerbetreibenden stehen. Da müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn die Mehrheit sich nicht zu Anhängern des gleichen Wahlrechts zusammenschließen sollte. Die Freikonservativen sind von der Entscheidung auch ausgeschlossen, wenn wir noch Beendigung des Krieges zu neuen Wahlen schreiben, denn unter dem Dreiklassenwahlrecht würden alle Freikonservativen, die wirtschaftlich ruiniert sind, in die dritte Abteilung geraten, also von Kriegsgewinnern und beglückten abstimmen werden. Die Freikonservativen würden dann ebenso wenig zu reden haben wie jetzt; aber sie würden all denen Dank wissen, die mit uns für das gleiche Wahlrecht kämpfen, wenn wir es ihnen möglich machen, in ein Vaterland zurückzukommen, in dem sie sich wirklich heimisch fühlen können. (Lehr wahr! bei den Sp.)

Die Sachstände Preußens hat geklärt. Das alte Preußen wird hängen, aber ein neues, besseres Preußen sich aus seinen Trümmern erheben. Sorgen Sie dafür, daß Sie unter den Trümmern nicht begraben werden. Erwachen Sie, daß die große Zeit kein heiliges Geheiß ist. Lassen Sie die Gelegenheit, die sich jetzt für Sie bietet, nicht ungenutzt vorbeiziehen. (Widerpruch bei den Sp.)

Herr Ströbel (L-Soz.): Die Rede des Ministerpräsidenten war eine einzige Einladung zum reaktionären Ausbau der Vorlage der Reichstages. Durch allerdies „Sicherungen“ will man das gleiche Wahlrecht wieder aufheben und das künftige Abgeordnetenhause zu politischer Ohnmacht verurteilen. Von einem wirklich gleiches Wahlrecht kann bei der jetzigen Wahlrechtsvorlage überhaupt keine Rede sein. Das Gesetz ist schon von vornherein mit einem solchen Maß reaktionärer Bestimmungen besetzt. Wir fordern ein wirklich demokratisches Wahlrecht, die Herabsetzung des Wahlalters und des Frauenwahlrecht, wie es auch der Antrag Raum will. Mehr als zwei Millionen Wähler gehen auch der Auflösung der Kommissionsbeschlüsse des Wahlrechts verlustig. So handeln Sie den Reichstagsmitgliedern! Man vertraut eben auf die Vergünstigung des deutschen Volkes, aber man läßt sich nicht über die Zustimmung. Die Zustimmung über den Wahlrecht bedeutet eine neue Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts, eine Ausnahmeverordnung für die großen Massen der Arbeiter. Der Entwurf ist also lediglich eine Vorprojektion des gleichen Wahlrechts. Das Pluralwahlrecht der Kommission läßt sich mit Veranschaulichungen überhaupt nicht rechtfertigen. Der Abg. Ströbel hat diese ganzen Bestimmungen und auch den Antrag Lohmann mit Recht eine Vorprojektion der Arbeiter genannt.

Doch auch ohne diese Verschlechterung ist, wie gesagt, die Vorlage so unannehmbar, daß jeder wirkliche Freund der Demokratie die Vorlage ablehnen muß. (Widerpruch bei den L-Soz.) Die Regierung hat ja selbst erklärt, daß, wenn diese Vorlage fällt, ein viel radikaleres Wahlrecht kommen wird. In der Tat kann sich das Volk in der Heimat und im Ausland eine bessere Wahlrechtsvorlage vorstellen. Das hat auch kein Hindernis, es ist ja so wie jetzt nicht möglich. Wegen auch die Kommissionsvorlagen sind jetzt mit der Zeit des Reichstages. (Widerpruch bei den L-Soz.) Die Reichstagsmitglieder sind heute schon. Der Wahlrechtskampf der künftigen Monate alle Angelegenheiten hervorgehoben. (Lehr wahr! bei den L-Soz.)